

Verwirrende Aussage

Coronatests: „Jetzt wieder kostenlos“, FR-Politik vom 13. November

In dem im großen ganzen informativen und korrekten Artikel wird zu Recht festgestellt, dass PCR-Tests der Goldstandard seien und in Laboren ausgeführt werden. Dann wird aber der Epidemiologe Hajo Zeeb zitiert. Und hier ist die Rede davon, dass die Zeitspanne nicht zum Ablesen des Testergebnisses eingehalten und des Ergebnissen ist nicht bereits nach 30 Sekunden mitgeteilt werden soll. Diese Aussage gilt für Antigenschnelltests und hat deshalb in diesem Zusammenhang nichts zu suchen, schafft nur Verwirrung.

Dr. Martin Böttiger, Nürnberg

Diskussion: frblog.de/impfangst

Die wahren Selbstlosen

Erwiderung auf „Was für Mediziner von Interesse ist“, FR-Forum v. 11.11.

Wir haben ja schon viele Argumente von Impfgegnern gehört – von „wir sind doch keine Gefahr für Geimpfte“ bis zur Unfruchtbarkeit von Männlein und/oder Missgeburten bei Weiblein. Aber der letzte Brief („Was für Mediziner von Interesse ist“) bringt sogar den Vorwurf des krassen Egoismus der Impfgegner gegenüber dem Rest der Menschheit in ein neues Licht.

Die These lautet „wenn alle geimpft sind, dann ist niemand zum Forschen an Ungeimpften mehr da“. Und damit wissen wir es: Impfgegner sind die wahren Altruisten, die bereit sind, sich zum Wohl der gesamten Menschheit auf dem Altar der Forschung zu opfern.

Mit Blick auf das Datum (11. November, Beginn der närrischen Zeit) habe ich wirklich gelacht.

Jost Simon, Esslingen

Diskussion: frblog.de/impfangst

Rhetorische Fallbeile

„Wetten, dass ...?“, „Das Feuer ist aus“, FR-Panorama vom 8. November

Man kann über die einmalige Wiederauflage des Show-Klassikers geteilter Meinung sein – was Mirko Schmidt in der FR darüber geschrieben hat, empfanden mein Mann und ich jedoch als diffamierend; es ignorierte die Meinung von 14 Millionen Fernsehzuschauern und zeugte von Überheblichkeit und Arroganz. Uns allen (insbesondere uns Journalisten, zu diesen gehöre ich ebenfalls) würde es in diesen Zeiten gut anstehen, mehr Toleranz und augenzwinkernde Milde walten zu lassen, statt rhetorische Fallbeile auf TV-Dinosaurier niedersausen zu lassen. Christine Paasche, Ingelheim



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/if-20211115

FR ERLEBEN

Pitt von Bebenburg moderiert die Veranstaltung „Altersarmut. Problem erkannt, Problem gebannt?“ des „Bündnis Soziale Gerechtigkeit in Hessen“ mit hessischen Landtagsabgeordneten von CDU und Grünen sowie Fachleuten von Gewerkschaften, Kirchen und Wohlfahrtsverbänden. Anmelden unter anmeldung@soziale-gerechtigkeit-hessen.de. Stream auf Youtube.
Mittwoch, 17. November, 19 Uhr
Haus am Dom, Domstraße 3, Frankfurt

Claus-Jürgen Göpfert spricht über die Aktualität von Karl Liebknecht mit den Politikwissenschaftlern Georg Fülberth und Gert Meyer, Anmeldung erforderlich. Stream: galatis.de/ClubVoltaire
Montag, 22. November, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstraße, Frankfurt

Tobias Schwab moderiert das Gespräch „Faire Mode? Lieferketten, Löhne und soziale Standards“ mit Nils Tödter (Corporate Responsibility-Manager bei Hessnatur). Eine Veranstaltung der Fairtrade-Kommunen Hainburg und Großkrotzenburg. Eintritt frei.
Dienstag, 23. November, 19 Uhr
Evangelisches Gemeindehaus, Uhlandstraße 1, Hainburg

Bolsonaros Werk und unser Beitrag

Klimagipfel: „Gemeinsam gegen Abholzung“ und „Das reicht nicht“, FR-Politik vom 3. und 15. November

Verzicht auf Nutzung der Urwälder wäre Segen

Die Nichtabholzung und Vernutzung von Regenwäldern bzw. Urwäldern muss sofort und unmittelbar weltweit umgesetzt werden bei wirklich solidarischem Ausgleich des Verzichts auf Vernutzung der vorhandenen Urwälder. Dass dies unmittelbar klima- und umweltfreundlich wäre, ist einsichtig. Darüber hinaus ist der Verzicht auf (Ver-) Nutzung der Urwälder ein Segen für den Erhalt der auch für die Menschen wichtigen Biodiversität. Schließlich bleibt dann auch genügend Platz für Wildtiere. Das mindert erheblich die Zoonosen-Problematik (Viren, die durch den Kontakt von Wildtieren mit Menschen zukünftige Pandemien verursachen können!).

Es wird wohl auch nicht ohne Eingriffe in das Eigentum gehen: Vor allem wird nur durch radikale Abrüstung die Biosphäre für menschlich solidarisches Leben zu erhalten sein (Verbot der Rüstungsproduktion!).

Für diese wirksamen Eingriffe fehlt aber ein „politisches Subjekt“, das dies auch wirklich möchte. Unter den deutschen Verhältnissen wird nicht einmal das (kostenfreie) und unmittelbar umweltfreundlichere Tempolimit auf Autobahnen von 120 km/h (Schweiz) umgesetzt – unter Beteiligung der „Grünen“!

Thomas Ewald-Wehner, Nidderau

2000 Milliarden Dollar für das Militär weltweit

Glaubt man der Berichterstattung, dann waren sich alle Staatenlenker in Glasgow einig, dass

die Klimakrise der gesamten Menschheit droht und globale solidarische Abwehrmaßnahmen erfordert. Sie finden hehre Worte für diesen Notstand und die Notwendigkeit, die Aufgaben entschlossen und gemeinsam anzugehen.

Dem freudig überraschten Leser stellen sich jedoch ein paar Fragen: Warum wird dort gar nicht über die Gefahren durch das Militär gesprochen? Bedroht die atomare Erstschlagsdoktrin der Nato nicht noch viel radikaler das Leben auf der Erde? Sind all die Panzer, Bomber und Kriegsschiffe etwa klimaneutral? Warum können wir global 2000 Milliarden Dollar für Militärsaushalte ausgeben, warum aber finden sich die 100 Milliarden Dollar nicht schnell genug, wenn überhaupt, um die ärmsten Länder, in aller Regel ehemalige Kolonien, beim Klimaschutz zu unterstützen? Kann es sein, dass diese „Festredner“ hier Worte für ein Wählerpublikum verkünden, in Wirklichkeit aber einer ganz anderen Agenda folgen? Und warum weisen die Berichterstatter nicht auf diese offensichtliche Diskrepanz hin?

Dieter Stork, Rüsselsheim

Es schimmern Reste kolonialen Denkens durch

Die insgesamt lobenswerte Initiative gegen Abholzung tropischer Wälder erinnert mich an eine Äußerung eines deutschen Bankchefs Ende der 1980er Jahre, man könne nicht zulassen, dass die Südamerikaner den Wald zerstören, den wir dringend brauchen, um unseren CO₂-Ausstoß wieder in Sauerstoff umzuwan-

deln. Dieses offenbar unbemerkte koloniale Denken schimmert auch jetzt noch durch. Wer von anderen Nationen Beiträge zur Klimarettung durch Verzicht auf Ressourcennutzung in Wäldern erwartet, müsste mindestens im selben Umfang eigenen Verzicht auf CO₂-Ausstoß leisten. Danach sieht es mir aber in den Verschwendungsgesellschaften nicht aus, die jetzt einige Milliarden lockermachen. Niemand aus den Geberländern denkt offenbar daran, die eigenen CO₂-Stunden zu sühnen durch Aufforstung in Wüsten oder Gegenden, die zu vertrocknen drohen durch fossile Verbrennung in reichen Ländern. Letzteres wäre umso mehr geboten, als die Verschwendung der Reichen die Armen in den Dürregebieten um den Rest ihrer wirtschaftlichen Existenz bringt, sie zur Flucht zwingt, etwa in Länder wie Libyen, oder gleich dem Hungertod ausliefert.

Wer wie der Grüne Kretschmann schwäbische Häuslebauer zur Photovoltaik auf den Dächern zwingen will, die erst in fünf Jahren den CO₂-Ausstoß ihrer Herstellung kompensiert haben werden, der müsste alle Stromkonzerne zwingen, in der Sahara Oasen zu schaffen, um mit effizienter Parabolrinnentechnik und Hochtemperaturölspeicherung ganzjährig rund um die Uhr Strom produzieren zu können. Es erscheint mir hochgradig naiv zu meinen, mit der Verhinderung der Rodung von Tropenwäldern ab 2030, wie es Bolsonaro verspricht, unser Klima und unsere Verschwendung zu retten.

Friedrich Gehring, Backnang

Diskussion: frblog.de/glasgow

Wo bleiben die vielbeschworenen Werte?

EU/Belarus: „Nothilfe erreicht Grenzgebiet“ und „Lösungen statt Strafen“, FR-Politik und -Meinung vom 13. November

Unmenschliches Gesicht der Europäischen Union

Vor kurzem gedachten wir des Falls der Berliner Mauer. Umso erschütternder ist die Tatsache, dass 32 Jahre später wieder eine europäische Grenze militarisiert wird, um Zivilpersonen an der Flucht zu hindern.

Indem die polnischen Behörden ihre Armee und Polizei an die Grenze zu Belarus schicken, Stacheldrahtzäune errichten, in einem zehn Kilometer breiten Streifen entlang der Grenze den Ausnahmezustand verhängen, mit Spürhunden, Hubschraubern und Geländewagen mit Nachtsichtgeräten patrouillieren und Flüchtende in völkerrechtswidrigen Pushbacks auf die belarussische Seite zurückdrängen bzw. -bringen, zeigt die Europäische Union wieder einmal an ihrer Außengrenze ein unmenschliches Gesicht.

Wenn nun von Polens legitimem Sicherheitsbedürfnis gesprochen wird, verkennt dies, dass nicht fremde Armeen an der Grenze stehen, sondern aus Not geflüchtete Menschen, die einfach nur ein menschenwür-

diges Leben erstreben. Wo bleiben hier die viel beschworenen Werte der Europäischen Union?

Thomas Tews, Frankfurt

Geflüchtete sind Spielbälle verschiedener Interessen

Warum ist es möglich, Menschen an einer Grenze in Eiskälte im Freien quasi zu internieren, Verletzungen und Tod in Kauf nehmend, sie dort ausharren zu lassen, ohne ihnen zu helfen? Warum ist das möglich von Menschen, die sich als Vorkämpfer für Freiheit und Menschenrechte verstehen, nämlich die EU-Staaten?

Die Flüchtlinge werden gar nicht als Menschen gesehen. Sie werden nicht gebraucht, sie stören, sind überflüssig, gehören nicht zu unserer EU. Deshalb kann man sie auch als Nicht-Menschen behandeln. Sie sind nur Spielbälle von verschiedenen Interessen: Polen, die PiS-Partei benutzt sie, um ihre reaktionäre Politik durchzusetzen. Das diktatorische antidemokratische Belarus gebraucht sie, um sich gegen die EU-Sanktionen zu wehren. Deutschland fürchtet um den Verlust der Wählergunst

und schiebt lieber die Verantwortung der Türkei, Polen, Belarus und Russland zu. Die EU desgleichen, sie nutzt sie, um ihr Feindbild vor allem gegenüber Russland zu stärken: Putin sei ja sowieso an allem schuld.

Die Verantwortung tragen nicht wir in Deutschland, in der EU, sondern die anderen. Deshalb muss man auch nicht darüber nachdenken, was richtig und was falsch ist. Aber wieso kommen die Flüchtlinge überhaupt? Ihr Land, z.B. der Irak, ist zerbombt worden, vom freiheitlichen, demokratischen Westen! Danach herrschte Chaos und der IS-Terror. Da liegt die Verantwortung des Westens, die er übernehmen müsste. Die Verantwortung nicht anzunehmen, nicht zu helfen, die Verantwortung anderen zu überlassen, das ist die ganz normale Banalität des Bösen, wie Hannah Arendt es formulieren würde. Eigentlich müsste die EU sich selbst sanktionieren, weil sie es unterlässt, Menschen in Not zu helfen und damit Menschenrechte verletzt.

Heike Kuntze-Engemann,

Seeheim-Jugenheim

Diskussion: frblog.de/belarus-2